

Die Wahl zum Landtag des Saarlandes am 26. März 2017

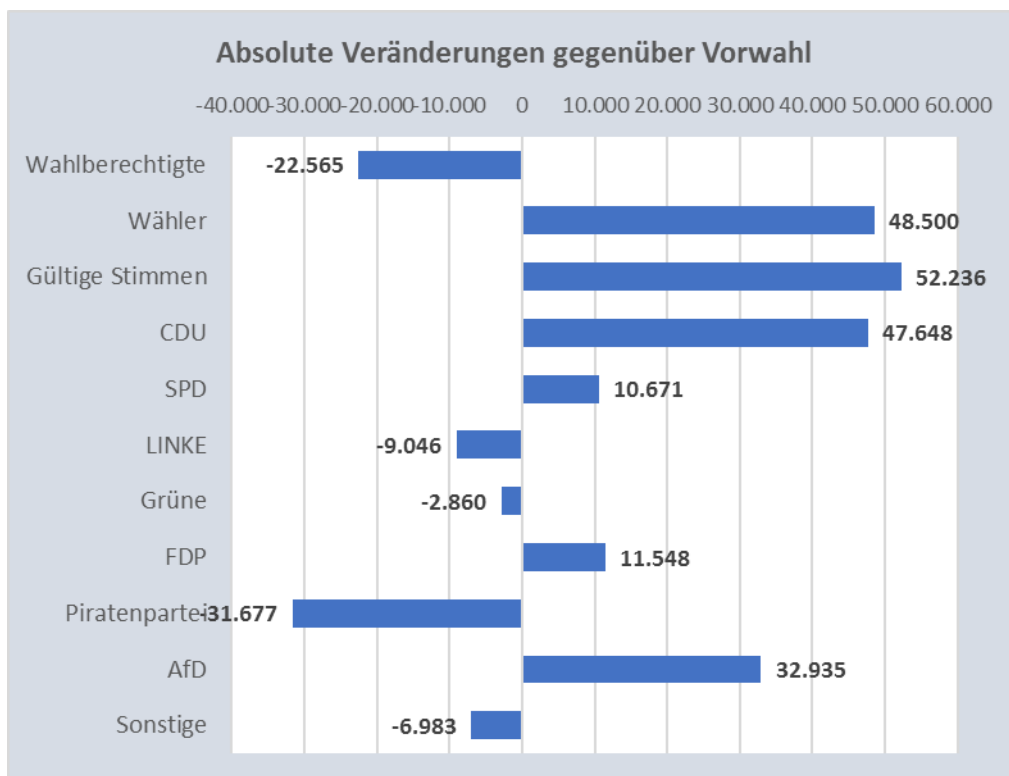
Wahlnachtbericht und erste Analyse

Übersicht Ergebnis der Landtagswahl am 26. März 2017									
	Wahl- beteili- gung	CDU	SPD	LINKE	PIR	GRÜNE	FDP	AFD	SONST.
Stimmenanteile									
2012	61,6%	35,2%	30,6%	16,1%	7,4%	5,0%	1,2%	-	4,4%
2017	69,7%	40,7%	29,6%	12,9%	0,7%	4,0%	3,3%	6,2%	2,6%
Differenz	8,1%	5,5%	-1,0%	-3,2%	-6,7%	-1,0%	2,1%	6,2%	-1,8%
Mandate									
2012	51	19	17	9	4	2	-	-	-
2017	51	24	17	7	0	0	-	3	-
Differenz	0	5	0	-2	-4	-2	-	3	-

INHALT

Zusammenfassung des Wahlergebnisses und Erste Bewertung	3
Einzelne Aspekte des Wahl- und Parteiensystems im Saarland	5
Wahlbeteiligung und Rückhalt der Parteien in den zurückliegenden Jahren.....	5
Auskünfte der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen.....	7
Wahlstrategische Optionen.....	7
Wahlentscheidende Themen	9
Wer wählte was? Auskünfte der Nachwahlbefragungen.....	10
Wählerwanderungen.....	13

Gewinne und Verluste an absoluten Stimmen				
	LTW2012	LTW2017v	Diff abs.	Diff rel.
Wahlberechtigte	797.512	774.947	-22.565	-2,8%
Wähler	491.591	540.091	48.500	9,9%
Gültige Stimmen	481.294	533.530	52.236	10,9%
CDU	169.617	217.265	47.648	28,1%
SPD	147.170	157.841	10.671	7,3%
LINKE	77.612	68.566	-9.046	-11,7%
Grüne	24.252	21.392	-2.860	-11,8%
FDP	5.871	17.419	11.548	196,7%
Piratenpartei	35.656	3.979	-31.677	-88,8%
AfD		32.935	32.935	
Sonstige	21.116	14.133	-6.983	-33,1%



»Wahlachtberichte«

Die »Wahlachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 zu Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen. Die jeweiligen Autoren geben ihre persönliche Meinung wieder. Die Analysen entstehen in der jeweiligen Wahlacht und basieren auf den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden eigenen Erkenntnissen. Insofern stehen die Bewertungen in den Wahlachtberichten unter diesem Vorbehalt. Ältere Ausgaben der Wahlachtberichte sowie weitere Texte zu Wahlen, Struktur und Entwicklung der Wähler/-innenschaft etc. finden sich u.a. hier:

<http://www.benjamin-hoff.de>; <http://www.horstkahrs.de>;

<https://www.rosalux.de/staatdemokratie/parteienwahlanalysen.html>

Der Autor: *Horst Kahrs* ist Sozialwissenschaftler, arbeitet zu den Themen Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen und ist am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Lohn und Brot. Kontakt: Horst.Kahrs@rosalux.org

ZUSAMMENFASSUNG DES WAHLERGEBNISSES UND ERSTE BEWERTUNG

Die **Wahlbeteiligung** ist wie bei den Landtagswahlen 2016 gestiegen, und zwar um 8,1 Prozentpunkte auf knapp unter 70%. Sie lag aber auch im Saarland niedriger als die Beteiligung an Bundestagswahlen. 2016 war die gestiegene Wahlbeteiligung einseitig auf die angebliche Mobilisierung von Nichtwählern durch die AfD zurückgeführt worden. Übersehen wurde dabei, dass auch andere Parteien, vor allem die Parteien der jeweiligen Inhaber(innen) des Ministerpräsidentenamtes ehemalige Nichtwähler in ähnlichem Umfang wie die AfD mobilisieren konnten. Dieser Effekt zeigt sich auch im Saarland: die gestiegene Wahlbeteiligung verdankt sich vor allem der Personalisierung. Die Amtsinhaberin Annegret Kramp-Karrenbauer soll als Ministerpräsidentin bleiben. Deshalb gehen Bürgerinnen und Bürger zur Wahl, die 2012 nicht wählten.

Die amtierende Ministerpräsidentin **Annegret Kramp-Karrenbauer** ist die eindeutige Gewinnerin der Wahl. Sie bescherte ihrer Partei einen Zuwachs von fast 48.000 Stimmen (+28,1%), was zu einem Zuwachs von 5,5% der gültigen Stimmen bedeutete. Nur bei den CDU-Wählern und -Wählerinnen war die Spitzenkandidatin für die Wahlentscheidung bedeutend wichtiger als die Lösungsvorschläge zu Sachfragen. Daher kann sich die **CDU** nur im gleichen Maße als Siegerin der Wahl fühlen wie die Grünen in Baden-Württemberg oder die SPD in Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern. Die CDU erreicht damit einen guten Auftakt ins Wahljahr und verteidigt eines von vier Ministerpräsidenten-Ämtern. Zudem stellt sie fünf zusätzliche Abgeordnete im Landtag.

Eine weitere Gewinnerin der Wahl ist die **AfD**, die mit 6,2% und drei Mandaten in den Landtag einzieht. Allerdings bleibt sie weit von einem zweistelligen Ergebnis entfernt, so dass die Dynamik des Jahres 2016 gebrochen scheint. Welche Wirkung dieses eher schlechte Ergebnis auf das Wählerpotential der AfD bei den kommenden Wahlen hat, bleibt abzuwarten. Offen ist, welche Rolle das Ansehen des Landesverbandes als eher rechtsextremer auf das Wahlverhalten potentieller konservativer Wähler hatte. Allerdings zeigen die Befragungen der Forschungsgruppe Wahlen auch für das Saarland die Infamie eines Drittels der Wählerinnen und Wähler, die diese Partei wählten, obwohl sie sich in ihrem eigenen Urteil nicht stark genug gegenüber rechtsextremen Positionen und Mitgliedern abgrenzt.

Die **SPD** erscheint am Wahlabend als „gewinnende Verliererin“. Gegenüber der Vorwahl hat sie Stimmenanteile verloren (-1%), aber absolut Stimmen hinzugewonnen (10.700 oder 7,3%). Der „Schulz-Effekt“ der Umfragen hat sich insofern bestätigt, als dass das Ergebnis deutlich besser als die Umfragen bis einschließlich Januar 2017 ausfiel. Allerdings wurde er in den Umfragen überbewertet (oder aber die Mobilisierung für „AKK“ unterbewertet.) Die Eroberung einer Staatskanzlei fand nicht statt. Beachtenswert ist, dass der Schulz-Effekt die SPD vor ein strategisches Dilemma stellte: Je näher Anke Rehlinger der Ministerpräsidentin rückte, desto offener wurde über eine rot-rote Koalition gesprochen und jegliche Koalitionsaussage seitens der SPD vermieden. Ein Wechsel zu einer rot-roten Koalition wurde aber nur von einer Minderheit der befragten Saarländer für gut befunden, mehrheitlich herrschte Zufriedenheit mit der Landesregierung, der allgemeinen und persönlichen wirtschaftlichen Situation und der Lage im Land. Die vermeintliche Offenheit des Wahlausgangs könnte aus sozialdemokratischer Sicht also kontraproduktiv gewirkt haben. Dieses Problem, die relativ geringe Akzeptanz einer Koalitionsregierung unter Beteiligung der Linkspartei im alten Westdeutschland, könnte zu einem nachhaltigen Problem für den „Schulz-Zug“ werden.

Für **DIE LINKE** ist der Wahlausgang sicherlich enttäuschend: Stimmenanteile gingen verloren, ebenso absolute Stimmen (9.000 oder -11,7%) sowie zwei Landtagsmandate. Das Wahlziel, die erste rot-rote Landesregierung im Westen bilden zu können, wurde verfehlt, auch weil die LINKE ihren Teil an Stimmenzuwachs nicht einfahren konnte und das Ablösungsziel keine Eigendynamik entfalten konnte. Gleichwohl ist das Ergebnis im Vergleich zu anderen westdeutschen Flächenländern, aber auch ostdeutschen Landtagswahlergebnissen 2016, immer noch ein gutes Ergebnis. Es ist vor allem der Persönlichkeit Oskar Lafontaines und seiner immer noch vorhandenen Verankerung in bestimmten Wählerschichten zu verdanken. Die soziale Struktur der Linkspartei-Wähler unterscheidet sich deutlich von der in anderen (westdeutschen) Landesverbänden: mehr Arbeiter, mehr Fachlehrberufe, relativ weniger Akademiker und jüngere Wählerinnen und Wähler. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass auch im Saarland die Anhängerschaft langsam erodiert. Die Signale des Wahlergebnisses für die kommenden beiden Landtagswahlen und die Bundestagswahl sind daher zwiespältig, schaut man auf das Ergebnis der Bundestagswahl 2013, bei der Oskar Lafontaine nicht kandidierte. Für die LINKE im Saarland gilt ähnliches wie für die CDU: Ohne ihren Spitzenkandidaten wäre sie nicht da, wo sie ist. Bedenklich ist, dass die Kompetenzzuschreibung, für Soziale Gerechtigkeit sorgen zu können, für die Partei deutlich zurückgegangen ist

und gleichzeitig Soziale Gerechtigkeit bzw. der Kampf um die „richtige“ Definition und Ausgestaltung sozialer Gerechtigkeit das wahlentscheidende Thema bei der Hälfte aller Wählerinnen und Wähler war.

Die **Grünen** sind die Verlierer des Wahlabends. Sie haben relativ und absolut Stimmen verloren und sind nicht mehr im Landtag vertreten. Sie sind im Saarland eine kleine Milieu-Partei, für deren Anhänger gänzlich andere Themen wahlentscheidend sind als für die Anhänger anderer Parteien, weshalb es für die Partei schwer sein dürfte, aus eigener Kraft wieder in die Erfolgsspur zu kommen. Erneut aus einem Landesparlament gewählt worden zu sein ist kein guter Auftakt für das Wahljahr 2017 und wird nicht dazu beitragen, die strategischen Auseinandersetzungen in der Partei zu beenden.

Die **FDP** hat den Wiedereinzug in den Landtag nicht geschafft. Ihre Chancen für die Bundestagswahl werden jetzt vom Ausgang der Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen abhängen, wo ihre beiden Spitzenleute, Kubicki und Lindner, zur Wahl stehen.

Die **Piratenpartei** hat die Erwartungen der Meinungsforscher erfüllt und ist sang- und klanglos wieder aus dem Parteienspektrum des Saarlandes verschwunden. Allenfalls als kleines Lebenszeichen sind die 4% Zustimmung bei jüngeren Wählerinnen und Wähler zu werten.

Entschieden wurde die Wahl von den älteren Wählerinnen und Wählern, unter denen die CDU weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte. Zugleich stellen die Wähler im Alter über 55 Jahren die Mehrheit der Wählenden. Regierungswechsel werden immer schwerer durchsetzbar, wenn sie nicht auch von den älteren Wählerschichten unterstützt werden. Immerhin hätte Rot-Rot-Grün in den **Altersgruppen** bis 44 Jahren laut Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap eine Mehrheit gehabt.

Für die **Regierungsbildung** kommt erneut nur eine Große Koalition, die im Saarland wirklich eine große ist, mit der SPD als Juniorpartner in Frage. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat werden sich daher ebenfalls nicht ändern.

Als Stimmungstest für die Bundestagswahl taugt die Saarland-Wahl eher nicht. Auch wenn Befragungen ergeben, dass die Bedeutung von Angela Merkel und Martin Schulz hoch eingeschätzt wurde, war es am Ende die Ministerpräsidentin, die Wähler mobilisierte und die Wahl gewann. Es ging am Ende ums Saarland, nicht um die Bundesrepublik Deutschland. Gleichwohl ist eine bundespolitische Bedeutung nicht von der Hand zu weisen: Anders als in den beiden kommenden Landtagswahlen regierte im Saarland eine Große Koalition, so dass sie als Testfall für die strategische Aufgabe gelten kann, wie man aus einer Großen Koalition herauskommt. Es könnte durchaus sein, dass es bei der Bundestagswahl auf eine ähnliche Konstellation hinausläuft: Die Union hat keinen anderen Partner als die SPD, und diese könnte sich aus der Koalition mit der Union nur lösen, wenn sie eine beim Wahlvolk weniger beliebte Koalition zustande bringen würde. Wie das Saarland zeigt, nutzt diese Ausgangslage am Ende eher der Amtsinhaberin.

EINZELNE ASPEKTE DES WAHL- UND PARTEIENSYSTEMS IM SAARLAND

Wahlssystem

Das saarländische Wahlsystem wird bestimmt durch eine Verhältniswahl mit geschlossenen Listen. Das Wahlgebiet ist in drei Listenwahlkreise eingeteilt:

- Saarbrücken (Stadtverband Saarbrücken)
- Saarlouis (Landkreise Saarlouis und Merzig-Wadern)
- Neunkirchen (Landkreise Neunkirchen, St. Wendel und der Saar-Pfalz-Kreis).

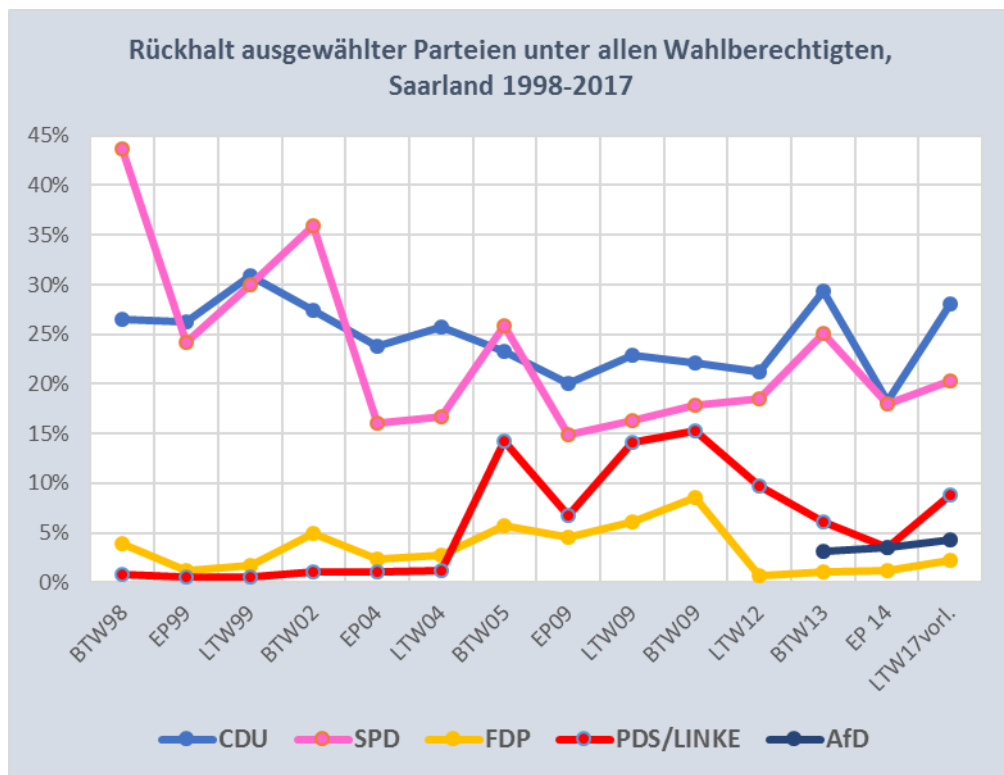
Die Parteien reichen je eine Wahlkreisliste in jedem der drei Wahlkreise und darüber hinaus eine Landesliste ein. Alle Wähler/-innen haben eine Stimme, mit der gleichzeitig die Landes- und die Wahlkreisliste der jeweils favorisierten Partei gewählt wird.

Der Landtag umfasst 51 Sitze, von denen grundsätzlich 41 Mandate über Wahlkreislisten und die restlichen 10 Sitze über die Landeslisten vergeben werden. Für die Sitzzuteilung werden alle Parteien berücksichtigt, die mindestens 5% der gültigen Stimmen erhalten haben. Zur Anwendung kommt das Berechnungsverfahren nach d’Hondt, bei dem die größeren Parteien gemeinhin einen Vorteil erlangen können. Ist eine Wahlkreis- oder Landesliste erschöpft, so werden die übrigen Sitze an die anderen Listen der Partei verteilt. Dies gilt auch für Nachrücker/-innen während der Legislaturperiode.¹

WAHLBETEILIGUNG UND RÜCKHALT DER PARTEIEN IN DEN ZURÜCKLIEGENDEN JAHREN

In diesem Abschnitt wird die Entwicklung des saarländischen Parteiensystems auf der Grundlage des Anteils der erzielten gültigen Stimmen an allen Wahlberechtigten betrachtet. Dadurch werden Schwankungen bei der Wahlbeteiligung berücksichtigt und die Mobilisierungsfähigkeit der Parteien sowie ihr aktiver Rückhalt abgebildet.

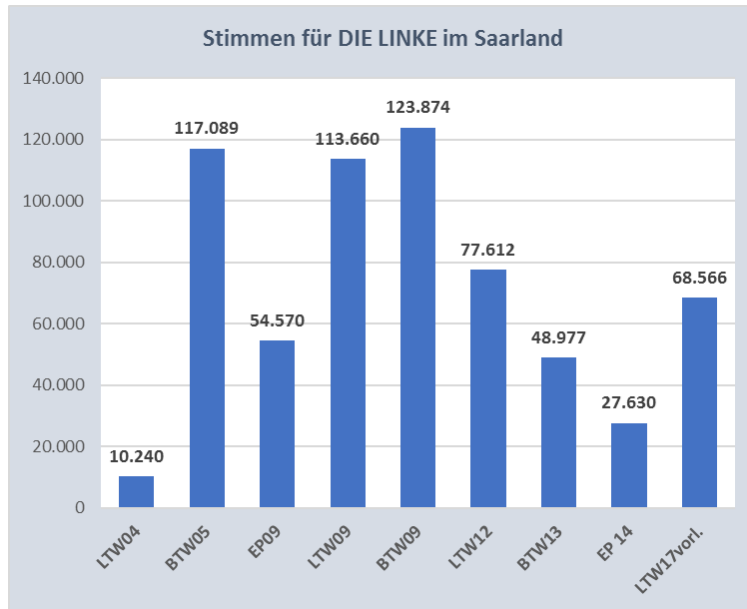
Das saarländische Parteiensystem erlebte in den zurückliegenden 20 Jahren einige Veränderungen. Bei der Landtagswahl 1999 büßte die SPD ihre langjährige Mehrheit, unter dem Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine,



ein. Statt der SPD führte nun die CDU die Landesregierungen. Bei Bundestagswahlen blieb aber die SPD 2002 und 2005 noch stärkste Partei, erst 2009 wurde sie von der CDU auch hier von Platz 1 verdrängt. DIE LINKE erreichte 2005 bei der Bundestagswahl und 2009 bei Landtags- und Bundestagswahl jeweils ein knappes

¹ Vgl. <http://www.wahlrecht.de/landtage/saarland.htm>

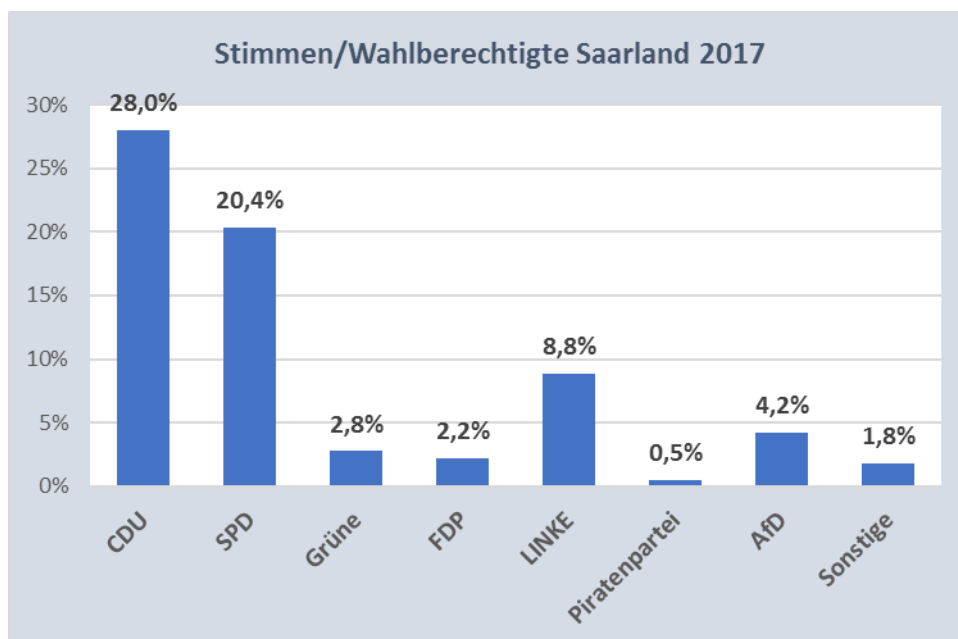
Sechstel der Wahlberechtigten, vor allem zu Lasten der SPD, ohne aber mit zusammen 33,2% der Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2009 das Ergebnis der SPD von 1998 – 43,6% der Wahlberechtigten – auch nur annähernd zu erreichen. Parallel zur neuen Linkspartei erreichte auch die FDP breitere Wählerschichten, zuletzt 8,6% der Wahlberechtigten 2009. Anschließend folgte ein jäher Absturz, bei der Landtagswahl 2012 erreichte sie nur noch 0,7% der Wahlberechtigten. Die Grünen blieben über den gesamten Zeitraum zwischen 3,5% und 5,5% der Wahlberechtigten eine typische kleine Milieupartei.



Nach 2009 ging der Einfluss der Linkspartei bei Wahlen wieder stetig zurück, 2013 erhielt sie noch von 6,2% der Wahlberechtigten Zustimmung, parallel stieg der Wert für die SPD an. Mit zusammen 31,3% blieben beide Partei leicht unter dem Stand von 2009. Nach ihrem Erfolg 2012 fiel die Zustimmung für die Piratenpartei schnell wieder in sich zusammen. Mit der AfD tauchte auch im Saarland 2013 ein neuer politischer Akteur auf, der auf Antrieb die Stimmen von 3,1% der Wahlberechtigten erhielt und diesen Anteil, also die absolute Stimmenzahl, bei der Wahl zum Europäischen Parlament nochmals erhöhen könnte auf 3,6%. Vor diesem Hintergrund ist

das aktuelle Wahlergebnis der AfD dann doch eher enttäuschend.

Das Spektrum der für einen Einzug in das Landesparlament in Frage kommenden Parteien hat sich mit der Linkspartei 2005 zu differenzieren begonnen, ein wachsender Teil der wählenden Bevölkerung ist in seinem Wahlverhalten „volatil“, entscheidet nicht mehr entlang traditioneller, fester Parteibindungen. Stimmt bei der Landtagswahl 1999 noch 61% der Wahlberechtigten für SPD oder CDU, so waren es 2012 noch knapp 40%. Etwa 21% der Wahlberechtigten votierten 2012 für andere Parteien, 1999 nur knapp 7%. Gleichzeitig ging das wahlpolitische Interesse zurück. Der Anteil der Nichtwähler stieg von 31% auf über 38% in 2012. Der Abstand zwischen der Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl und der folgenden Bundestagswahl (1999/2002 und 2012/2013) blieb in den 13 Jahren hingegen mit etwa 11 Prozentpunkten annähernd gleich.



AUSKÜNFTE DER VORWAHL- UND WAHLTAGSBEFRAGUNGEN

Entwicklung der politischen Stimmung im Land – Projektion „Sonntagsfrage“

Die wenigen Umfragen zur politischen Stimmungslage im Saarland nach den Landtagswahlen 2012 zeigten ein hohes Maß an Stabilität für die CDU, 2013-2015 dabei deutlich über dem Wahlergebnis, ab Herbst 2017 schwankten sie leicht über dem Wahlergebnis. Auch für die SPD stiegen zunächst die Stimmungswerte – parallel zum Rückgang bei der Linkspartei, 2016 kehrte sich diese Entwicklung um: die Werte für die SPD sanken, diejenigen für DIE LINKE stiegen wieder an. Der jeweilige Tief- bzw. Höhepunkt wurde im Januar 2017 (SPD 24%, LINKE 6%) erreicht. Nach der Rücktrittsankündigung von Sigmar Gabriel und mit dem „Schulz-Effekt“ schossen die SPD-Werte auch im Saarland nach oben mit einem Spitzenwert von 34%. Unter diesem „Effekt“ litten offenbar die Stimmungswerte für die Linkspartei, die Grünen und die AfD. Diese Stimmungstrends werden von allen drei Instituten ähnlich bewertet. Die Stimmungswerte für die AfD waren von den Erfolgen bei den Landtagswahlen 2016 geprägt. Die Piratenpartei wurde von Infratest dinao ab 2015 nur noch unter „Sonstige Parteien“ geführt.

Umfragen zur politischen Stimmung/Sonntagsfrage für Landtag Saarland

	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	SONST.
LTW 25.3.2012	35%	31%	16%	5%	1%		12%
Infratest 7.5.2013	39%	36%	10%	6%	2%	3%	4%
Infratest 14.5.2014	37%	34%	13%	5%	-	5%	6%
Infratest 31.3.2015	40%	33%	10%	6%	2%	4%	5%
Infratest 11.5.2016	34%	29%	12%	7%	4%	11%	3%
Forsa 15.11.2016	37%	26%	15%	6%	3%	9%	4%
INSA 13.1.2017	35%	24%	16%	6%	5%	10%	4%
Infratest 26.1.2017	38%	26%	14%	5%	4%	9%	4%
INSA 7.3.2017	36%	33%	12%	4%	4%	7%	4%
Forsa 9.3.2017	34%	33%	13%	5%	4%	6%	5%
Infratest 16.3.2017	35%	34%	13%	4,5%	3%	6,5%	4%
FGW 17.3.2017	37%	32%	12%	4%	4%	7%	4%
INSA 22.3.2017	35%	33%	13%	4%	5%	6%	4%
FGW 23.3.2017	37%	32%	12,5%	4,5%	4%	6%	4%
Durchschnitt März 2017	35,7%	32,8	12,6	4,3%	4%	6,4%	4,2%

Quelle: www.wahlrecht.de

WAHLSTRATEGISCHE OPTIONEN

Die Annäherung der Umfragewerte für die SPD an diejenigen der CDU ließ es möglich erscheinen, dass es eine Koalition der SPD mit der Linkspartei zu einer Ablösung der CDU-Ministerpräsidentin führen könnte. Der SPD blieb keine andere Wahl, als die Koalitionsfrage offen zu lassen und herauszustellen, dass ihre Spitzenkandidatin Anke Rehlinger Ministerpräsidentin werden wolle. Von vorneherein auf eine Fortsetzung der Großen Koalition als Juniorpartner zu setzen, hätte die Anhängerschaft eher demobilisiert und dazu beigetragen, dass sich der „Schulz-Effekt“ in den Umfragen nicht in Stimmenanteilen niederschlagen würde. Eine Koalition mit der Linkspartei offen zu lassen, bedeutet wiederum für die CDU, dass nach Lage der Umfragen nur ein deutlicher Zugewinn plus Einzug der AfD den Verlust der Regierung würde verhindern

können, während umgekehrt die SPD auf jeden Fall an einer Regierung beteiligt sein würde. Die steigenden Umfragewerte für die SPD führten also bei Abwägung möglicher Wahlausgänge und Koalitionen zu einem Mobilisierungsvorteil für die amtierende Ministerpräsidentin, die sich parteiübergreifender Beliebtheit erfreute. Für die Linkspartei wiederum Bestand unter dem Aspekt der Wählermobilisierung keine Alternative als für einen politischen Wechsel unter Rot-Rot zu werben. Alles andere hätte eher zu einer Demobilisierung der eigenen Anhänger geführt.

Keine echte Wechselstimmung

Diese Ausgangssituation spielte der amtierenden Ministerpräsidentin in die Karten. Im Vorfeld der Wahl zeigten sich 59% der Befragten mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden, der Anteil der sehr zufriedenen stieg von Januar bis März von 6% auf 9%, der Anteil der Unzufriedenen sank (Infratest dimap, SaarlandTrend). Bei der Frage nach der Direktwahl der Ministerpräsidentin veränderte sich das Verhältnis Kramp-Karrenbauer zu Rehlinger von 60% zu 23% nur auf 51% zu 32%. 26% der SPD-Anhänger und 20% der LINKE-Anhänger gaben Mitte März der amtierenden Ministerpräsidentin den Vorzug vor der SPD-Kandidatin. (Bei AfD-Anhängern führte Rehlinger mit 27% zu 17%. Mit kleinem Vorsprung sprach sich im März eine Mehrheit für eine SPD-

"Kramp-Karrenbauer ist eine gute Ministerpräsidentin"		Zufrieden mit Landesregierung
Alle	79%	69%
CDU-Wähler	98%	94%
SPD-Wähler	75%	68%
LINKE-Wähler	44%	28%
Grüne-Wähler		43%
AfD-Wähler	65%	15%

Infratest Dimap, tagesschau.de

geführte Regierung aus. (Mit 35% zu 14% sprachen sich die AfD-Anhänger für eine SPD geführte Regierung aus.) Eine CDU/SPD-Koalition wurde mit 61% zu 37% positiv bewertet, eine SPD/LINKE-Koalition mit 36% zu 61% negativ. Eine rotrotgrüne oder eine schwarzgrüne Koalition erhielt noch schlechtere Werte. Für Rot-Rot zu werben bzw. offen zu sein, war in gewisser Weise wahlstrategisch alternativlos, hatte aber keine Wechselstimmung im Rücken.

Sind die Verhältnisse in Ordnung?		
	In Ordnung	Veränderung nötig
Alle	47%	51%
CDU-Wähler	60%	38%
SPD-Wähler	43%	55%
LINKE-Wähler	24%	74%
AfD-Wähler	7%	92%
Grüne-Wähler	73%	27%

Infratest Dimap, tagesschau.de

Die Wahltagsbefragungen bestätigten diese mehrheitliche Haltung pro amtierender Ministerpräsidentin. CDU/SPD sind für 58% der Befragten eine „gute Koalition für das Land“, SPD/LINKE für 33% und SPD/LINKE/Grüne für 24%.

Die Zufriedenheit mit der Landesregierung korrespondiert mit der Einschätzung, dass für jeweils etwa die Hälfte die Verhältnisse im Land „in Ordnung“ sind oder eine „spürbare Veränderung“ erfordern. Interessanterweise sind die Verhältnisse weit überwiegend in Ordnung für die Anhänger der Grünen und der CDU:

	Bewertung der wirtschaftlichen Lage		Persönliche wirtschaftliche Situation	
	gut	schlecht	gut	schlecht
Alle	66%	33%	85%	14%
CDU-Wähler	79%	21%	91%	
SPD-Wähler	64%	36%	83%	
LINKE-Wähler	43%	53%	75%	
AfD-Wähler	38%	62%	69%	
Grüne-Wähler	77%	23%	88%	
FDP-Wähler			88%	

Infratest Dimap, tagesschau.de

Immerhin, es gibt eine Lücke zwischen der Bewertung „der Verhältnisse“ und der Bewertung der wirtschaftlichen Lage und der Demokratie.

Die Bewertung der wirtschaftlichen Lage ist ausgesprochen positiv: 66% bewerten sie als gut. Nur unter den Anhängern der Linkspartei (43%) und der AfD (38%) ist die positive Bewertung in der Minderheit. Die eigene

wirtschaftliche Lage wird von 85% als gut und nur von 14% der Befragten als schlecht eingeschätzt. Mit 69% positive Bewertungen haben die AfD-Anhänger hier die geringste positive Einschätzung. 73% aller Befragten sind mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden, unter den LINKE-Anhängern ist das Verhältnis zufrieden

– unzufrieden mit 50% zu 50% unentschieden, bei den AfD-Anhängern mit 18% zu 82% eindeutig auf Seiten der Unzufriedenheit. Dass es alles in allem im Land „gerecht“ zugeht, sagten 60%, ungerecht 36%. Bei

Wirtschaftliche Lage ist ...					
	1999	2004	2009	2012	2017
... gut	25%	29%	25%	48%	66%
... schlecht	73%	70%	74%	51%	33%

der Wahl 2009 war das Verhältnis noch umgekehrt: 58% fanden die Verhältnisse ungerecht, nur 38% gerecht.

Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte ähnliche Ergebnisse. 80% der

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie		
	zufrieden	unzufrieden
alle	73%	27%
CDU-Wähler	86%	14%
SPD-Wähler	78%	22%
LINKE-Wähler	50%	50%
AfD-Wähler	18%	82%
Grüne-Wähler	96%	4%

Befragten gaben an, dass die Ministerpräsidentin „ihre Sache“ gut mache, nur 14% schlecht. Die niedrigste Zustimmung, dass sie ihre Sache gut mache, kam mit 55% von LINKE-Anhängern und 56% von AfD-Anhängern – aber auch hier eine Mehrheit. Dass das Saarland gut auf die Zukunft vorbereitet sei, sagten 2017 56%, „eher schlecht“ 36%. 2012 lautete das Verhältnis noch 43% zu 47%. Auch hierhin drückt sich die Zufriedenheit mit der Landesregierung aus.

WAHLENTSCHEIDENDE THEMEN

Wahlentscheidung erfolgte aus ...		
Wähler von	Überzeugung	Enttäuschung
CDU	77%	15%
SPD	66%	27%
LINKE	51%	40%
AfD	22%	71%
Grüne	69%	26%
FDP	52%	41%

Infratest dimap für ARD

Die Mehrheit der befragten Wählerinnen und Wähler gab an, ihre Entscheidung aus Überzeugung getroffen zu haben, nur bei den AfD-Wähler überwog die Angabe „Enttäuschung“ (über andere Parteien).

Die befragten Wählerinnen und Wähler aller Parteien gaben mehrheitlich an, dass die Lösungsvorschläge zu Sachfragen für ihre Entscheidung wichtiger waren als die Person des/der Spitzenkandidaten/in oder die längerfristige Parteibindung. Einzige Ausnahme sind die Anhänger der Union, für die die Person der Spitzenkandidatin weit wichtiger war als Sachthemen. Hier zeigt sich die hohe Mobilisierungswirkung

die der drohende Amtsverlust von Annegret Kramp-Karrenbauer ausübte.

Wichtig für die Wahlentscheidung							
	Alle	CDU	SPD	LINKE	AfD	Grüne	FDP
Spitzenkandidat/-in	34%	47%	29%	31%	10%	6%	15%
Lösungsvorschläge zu Sachfragen	46%	32%	44%	64%	77%	75%	57%
Langfristige Parteibindung	16%	18%	23%	5%	5%	13%	24%

Infratest Dimap, tagesschau.de

Wahlentscheidende Themen							
	Alle	CDU	SPD	LINKE	AfD	Grüne	FDP
Soziale Gerechtigkeit	49%	32%	65%	78%	34%	38%	23%
Wirtschaft und Arbeit	44%	57%	38%	32%	23%	10%	65%
Schule und Bildung	22%	21%	25%	18%		29%	27%
Innere Sicherheit	18%	23%	13%		37%		22%
Flüchtlinge				10%	59%		
Umwelt und Energie						72%	

Infratest Dimap, tagesschau.de

„Soziale Gerechtigkeit“ und „Wirtschaft und Arbeit“ waren in der Nachwahlbefragung die wahlentscheidenden Themen. Lediglich bei den AfD-Anhängern standen die Themen „Flüchtlinge“ und „Innere Sicherheit“ auf den

ersten beiden Plätzen. Bei den Grünen dominierte, typisch für eine kleine Milieu-Partei, das Thema Umwelt und Energie alle anderen Themen. Bei den LINKE-Anhängern war das Thema „Flüchtlinge“ wichtiger als „Innere Sicherheit“.

Beachtenswert sind die Veränderungen im Antwortverhalten auf die Frage, welche Partei „am ehesten“ für das Spitzenthema „Soziale Gerechtigkeit“ sorgt: Für die SPD votierten 49% (+7% gegenüber 2012), für die CDU 23% (+4%) und für die LINKE 12% (-9%).

Grenzt sich die AfD im Saarland genug von rechtsextremen Inhalten/Mitgliedern ab?			
	ja	nein	weiß nicht
alle	14%	60%	26%
AfD-Wähler	64%	30%	6%

Forschungsgruppe Wahlen für ZDF

Wie bereits bei der Berlin-Wahl zeigt sich bei der Wahlentscheidung für die AfD eine verbreitete Infamie ihrer Anhänger. 30% der AfD-Wähler finden, dass sich die Partei nicht genug gegenüber „rechtsextremen Inhalten/Mitgliedern“ abgrenze – und wählen sie trotzdem. In Berlin waren es noch 50%. Rechtsextrem zu wählen, dass ist der

Zwischenstand der durch die AfD, durch die Gaulands Meuthens, bewirkten politischen Verschiebungen, ist kein Tabu mehr, nicht mehr „schmuddelig“, sondern eine Option.

WER WÄHLTE WAS? AUSKÜNFTE DER NACHWAHLBEFRAGUNGEN

Anmerkung: Die Forschungsgruppe Wahlen unterscheidet bei den Berufsgruppen nicht nach dem Erwerbsstatus, in der Berufsgruppe „Arbeiter“ sind auch die verrenteten und arbeitslosen Arbeiter enthalten. Infratest dimap wiederum unterscheidet die „Tätigkeit“ als Arbeiter von der des Angestellten usw. und weist

Wen wählten ...							
	CDU	SPD	LINKE	AfD	Grüne	FDP	Piraten
Frauen	43%	30%	12%	4%	5%	3%	1%
Männer	38%	29%	14%	8%	4%	4%	1%
nach Alter							
unter 30	29%	29%	13%	6%	10%	5%	4%
30-44	36%	27%	13%	9%	6%	4%	2%
45-59	38%	33%	14%	6%	4%	3%	1%
über 60	49%	30%	12%	3%	2%	3%	0%
nach Berufsgruppe							
Arbeiter	30%	36%	18%	9%	2%	1%	1%
Angestellte	41%	30%	13%	4%	5%	3%	1%
Beamte	53%	23%	7%	6%	7%	4%	1%
Selbstständige	47%	18%	11%	7%	7%	8%	1%
nach Bildung							
Hauptschulabschluss	40%	36%	14%	5%	1%	2%	1%
mittlere Reife	39%	30%	15%	8%	4%	2%	1%
Abitur	40%	28%	12%	5%	6%	5%	2%
Hochschulabschluss	47%	23%	10%	4%	8%	6%	1%

Forschungsgruppe Wahlen für ZDF

Rentner und Arbeitslose gesondert aus.

Die CDU punktet bei Frauen, die AfD (und auch die LINKE) eher bei Männern. Anders als bei vorherigen Wahlen ist die AfD nicht bei den 45-59jährigen, sondern bei den 30-44jährigen am stärksten vertreten. Den Wahlsieg verdankt die CDU vor allem den über 60jährigen und auf keinen Fall den unter 30jährigen. Hier sind die Grünen, aber auch die Piraten noch relativ stark vertreten, die LINKE erreicht hier anders als bei vorherigen Wahlen nur durchschnittliche Zustimmung. LINKE (hier ebenfalls anders als in anderen Ländern) und AfD erhalten überdurchschnittlich Zustimmung von Arbeitern, liegen aber weit hinter CDU und SPD. Hinsichtlich des formalen Bildungsgrades ist die LINKE relativ schwach bei Höhergebildeten, die AfD wie in anderen Ländern am stärksten bei Wählerinnen und Wählern mit mittlerer Reife und Fachlehreruf.

Wer wähle was?						
	CDU	SPD	LINKE	AfD	Grüne	FDP
Alle	41%	30%	13%	6%	4%	3%
Männer	38%	29%	14%	8%	3%	4%
Frauen	43%	30%	11%	5%	5%	2%
nach Alter						
18-24 Jahre	29%	30%	13%	6%	11%	3%
25-34 Jahre	32%	28%	14%	8%	7%	4%
35-44 Jahre	37%	28%	13%	8%	5%	3%
45-59 Jahre	39%	30%	14%	7%	4%	3%
60-69 Jahre	43%	31%	14%	5%	2%	3%
über 70 Jahre	54%	29%	9%	3%	1%	3%
nach Tätigkeit						
Arbeiter	27%	36%	16%	9%	2%	3%
Angestellte	42%	29%	12%	6%	6%	2%
Selbstständige	45%	19%	9%	7%	6%	10%
Rentner	44%	32%	11%	6%	2%	3%
Arbeitslose	24%	26%	32%	7%	2%	1%
Infratest dimap für ARD						

Betrachtet man diese Befragungsergebnisse unter dem Aspekt, in welchen Gruppen sich rot-rot(-grüne) Mehrheiten abzeichnen, so wäre dies potentiell der Fall bei Frauen (wenn die AfD an 5% scheiterte), bei 18-24jährigen, 25-34jährigen und 35-44jährigen, in allen drei Fällen, weil hier die Grünen über 5% kämen.

Eine rot-rote Mehrheit gäbe es im Saarland unter erwerbstätigen Arbeitern – durchaus ein Ausnahmefall im Vergleich der Bundesländer, aber schon kaum noch eine rot-rotgrüne unter erwerbstätigen Angestellten. 2009 und 2012 war dies noch anders (vgl. die Zusammenstellung für die Jahre 2004 bis 2017 auf der folgenden Seite).

Wahlverhalten nach sozialen Gruppen: Tätigkeit 2004-2017								
Was wählten erwerbstätige Arbeiter 2004-2017?								
	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN	AFD	SONSTIGE
2004	33%	41%	3%	4%	2%			17%
2009	25%	27%	34%	6%	3%			5%
2012	18%	36%	27%	0%	1%	11%		7%
2017	27%	36%	16%	3%	2%		9%	7%
Was wählten erwerbstätige Angestellte 2004-2017?								
	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN	AFD	SONSTIGE
2004	45%	31%	2%	6%	8%			8%
2009	32%	27%	18%	11%	7%			5%
2012	33%	30%	16%	1%	6%	9%		5%
2017	42%	29%	12%	2%	6%		6%	3%
Was wählten Rentner 2004-2017?								
	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN	AFD	SONSTIGE
2004	52%	31%	2%	4%	4%			7%
2009	42%	22%	21%	6%	5%			4%
2012	46%	31%	14%	2%	3%	3%		1%
2017	44%	32%	11%	3%	2%		6%	2%
Was wählten Arbeitslose 2004-2017?								
	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN	AFD	SONSTIGE
2004	28%	36%	8%	3%	8%			17%
2009	17%	21%	46%	8%	4%			4%
2012	23%	30%	26%	2%	2%	9%		8%
2017	24%	26%	32%	1%	2%		7%	8%

Quelle: Infratest dimap, Wahltagsbefragungen für ARD

Was wählten Arbeiter (Berufsgruppe) 2004-2017?								
	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN	AFD	SONSTIGE
2004	37%	38%	3%	3%	3%			16%
2009	26%	28%	31%	6%	3%			6%
2012	26%	35%	23%	0%	4%	8%		4%
2017	30%	36%	18%	3%	2%		9%	2%
Was wählten Angestellte (Berufsgruppe) 2004-2017?								
	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN	AFD	SONSTIGE
2004	47%	31%	2%	5%	7%			8%
2009	32%	26%	21%	10%	7%			4%
2012	33%	33%	14%	1%	7%	8%		4%
2017	41%	30%	13%	3%	5%		4%	4%

Forschungsgruppe Wahlen, Wahltagsbefragungen für ZDF

WÄHLERWANDERUNGEN

Die Angaben zu den Wählerwanderungen stehen in der Wahlnacht nur als Salden der Zuströme und Abströme von Stimmen zur Verfügung, wodurch verfälschende Interpretationen entstehen können. Die gravierendste Verfälschung tritt auf, wenn eine Partei sich an der Vorwahl nicht beteiligt hat und nur Gewinne erzielen kann, von anderen Parteien und unter den Nichtwählern. Bei den vergangenen Landtagswahlen war das für die AfD der Fall. Ihre Gewinne unter Nichtwählern wurden nicht mit den Gewinnen der anderen Parteien unter Nichtwählern verglichen, sondern mit deren Salden gegenüber den Wahlenthaltern. Den Beweis, dass die AfD keine enttäuschten Wähler und Wählerinnen an Nichtwähler verlieren kann, muss sie erst noch antreten. Es macht wenig Sinn, die Fähigkeit Nichtwähler zu gewinnen mit der Summe aus der Fähigkeit, Nichtwähler zu gewinnen und Wähler zu halten, zu vergleichen. Ebenso sind die Salden zwischen zwei Parteien potentiell irreführend. Die kommt es nicht selten vor, dass ein Saldo von 10.000 Stimmen durch viel umfangreichere Bewegungen in beide Richtungen zustande kommt.

Ohne solche Vorbehalte lässt sich die Zusammensetzung der AfD-Stimmen berichten. Der größte Anteil kommt, wie meist bei den vorherigen Wahlen, von kleinen Parteien. Der Anteil der Nichtwähler ist leicht unterdurchschnittlich als 2016, aber höher als bei den Wahlen 2014. Die Gewinne von den drei großen Parteien im Saarland liegen zweimal im Durchschnitt, bei der CDU sind sie aber deutlich unter dem Durchschnitt bei anderen Wahlen.

Unter Beachtung der oben erläuterten Vorbehalte zeigt der Blick auf das Wahlverhalten ehemaliger Nichtwähler, dass die Hälfte des

Herkunft der AfD-Stimmen		
CDU	4.000	13%
SPD	3.000	10%
LINKE	4.000	13%
Grüne	0	0%
Nichtwähler	8.000	27%
Andere	11.000	37%
Infratest dimap für ARD		

Entscheidung ehemaliger Nichtwähler		
CDU	28.000	50%
SPD	13.000	23%
LINKE	3.000	5%
Grüne	1.000	2%
AfD	8.000	14%
Andere	3.000	5%
Infratest dimap für ARD		

Zuwachses der Wahlbeteiligung zu Gunsten der CDU ausfiel, immerhin noch ein knappes Viertel für die AfD und nur weniger als ein Sechstel auf die AfD. Es sind bundespolitische Themen, die die Bürgerinnen und Bürger motivieren, sich an Landtagswahlen zu beteiligen, und polarisierende Personalentscheidungen, so die Lehre der letzten Landtagswahlen. Allerdings sind nachhaltige Einbrüche in das „Lager“ der Dauernichtwähler bisher empirisch nicht nachgewiesen worden.

Wanderungssalden für DIE LINKE	
CDU	-3.000
SPD	-3.000
Grüne	1.000
AfD	-4.000
Nichtwähler	3.000
Andere	1.000
Verluste	-10.000
Gewinne	5.000

Unter dem gleichen Vorbehalt stehen auch die nebenstehend berichteten Wanderungssalden für DIE LINKE.